

# A 8

## **Antrag an den 9. Landesparteitag DIE LINKE Niedersachsen am 11./12. März 2023 in Hannover**

Antragsteller: Andreas Nolte, Thorben Peters, Paul Wellsow

Der 9. Landesparteitag möge beschliessen:

### **Die Blockade Kubas beenden und Wirtschaftsbeziehungen Niedersachsens ausbauen!**

*Der Landesvorstand unterstützt zukünftig aktiv politische Initiativen und Kampagnen zur Beendigung der US-Blockade gegen Kuba und bezieht die Kreisverbände dabei ein. Er entwickelt zusammen mit Aktiven von Cuba sí Forderungen und Vorschläge zur Entwicklung von Wirtschaftsbeziehungen des Landes Niedersachsen zu Kuba, die auf der Grundlage von geänderten EU-Handelsbestimmungen möglich sind und unterbreitet diese der Landesregierung sowie Unternehmen und Gewerkschaften, und macht diese öffentlich.*

#### Begründung:

Die US-Blockade gegen Kuba ist in ihrer Intensität, Tiefe und Dauer einmalig auf der Welt. Den US-Regierungen geht es nicht um die vielbeschworenen Menschenrechte, sondern um die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Hegemonie in Mittel- und Lateinamerika. Im Kern geht es den dahinter stehen US-Interessengruppen, Konzernen und in den USA etablierten Gegner\*innen Kubas um die Wiederherstellung der alten Eigentumsverhältnisse in Kuba, wie sie vor der kubanischen Revolution 1959 bestanden haben. Dies würde Armut, Elend und die Zerstörung der jetzt geltenden Eigentumsverhältnisse und selbstverständlichen sozialen Menschenrechte, wie Zugang zu kostenloser Bildung, Medizin und Gesundheitsversorgung, für die gesamte Bevölkerung Kubas bedeuten. Trotz der Blockade und der zahllosen Erschwernisse und massiven Behinderungen gelingt es der kubanischen Regierung und vielen gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen auch weiterhin, bei niedrigem Lebensstandard und geringen Staatseinnahmen sowohl eine garantierte Ernährung für alle Kubaner\*innen, ein Bildungssystem für alle und die kostenlose Gesundheitsversorgung aufrecht zu erhalten und sogar weiter zu entwickeln. Dies zeigt die Entwicklung eigener, wirksamer Impfstoffe gegen Covid 19 zeigt, was enorme Ressourcen verbraucht, die aufgrund der Blockade woanders fehlen, aber den andauernden Schutz der gesamten Bevölkerung sicher stellen.

Durch seine Blockadepolitik verletzen die USA permanent die staatliche Souveränität und damit auch den freien Warenaustausch Kubas mit anderen Ländern auf der gesamten Welt. Und damit ignorieren sie zugleich die große Mehrheit von 185 Ländern - insbesondere auch kapitalistischer Länder - in der jüngsten Abstimmung der UNO-Vollversammlung am 2./3. November 2022 für den Antrag Kubas, die Blockade durch die USA sofort zu beenden. Dieser Wirtschaftskrieg gegen Kuba wurde in den letzten Jahren weiter verschärft, auch durch die Regierung Biden. Ein negativer Höhepunkt ist die Einstufung Kubas als

sog. „Terrorstaat“ als einer der letzten offiziellen Akte des vormaligen rechtspopulistischen US-Präsidenten Trump. Diese selbstherrliche, durch nichts begründete Stigmatisierung durch die USA hat längst weitere negative Einschränkungen für Kuba zur Folge, um seine wirtschaftliche Entwicklung substanziell weiter zu behindern.

Kuba leistet trotz der ihm auferlegten massiven Einschränkungen weltweit Hilfe zur Selbsthilfe, wie zum Beispiel in Haiti oder aktuell wieder in Italien durch den Einsatz von Ärzten\*innen in der Gesundheitsversorgung.

Bis heute ist die kubanische Revolution Referenz für andere Länder beim Aufbau einer gerechteren Gesellschaft und lebensfähige Alternative zur gegenwärtigen hegemonialen kapitalistischen Ordnung. Deshalb muss die internationale Solidarität mit dem sozialistischen Kuba politisch, materiell und finanziell, auch in Vorbereitung der jährlichen Abstimmung der Vollversammlung der Vereinten Nationen aufgrund des wiederholten Antrags Kubas, intensiviert werden. Dazu kann unsere Landespartei einen wirksamen Beitrag leisten.

Der Kampf für die Beendigung der Blockade lässt sich sowohl auf Bundes-, als auch Länderebene führen. Er muss politisch, aber auch praktisch geführt werden. Dies wird durch neuere Handelsvereinbarungen zwischen Kuba und der EU seit dem Jahr 2016 möglich, die stärkere bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zulassen und damit die Blockade lockern sollen. Beispielhaft agieren hier Spanien und Norwegen. Durch Initiativen gegenüber der niedersächsischen Landesregierung, Unternehmen und Gewerkschaften wollen wir diesen Prozess fördern.

Der kostenlose Erwerb von 124.000 Litern Desinfektionsmitteln im Februar 2023 durch Kuba von der niedersächsischen Landesregierung zeigt das Dilemma Kubas hinsichtlich eingeschränkter Zahlungsmöglichkeiten bzw. mangelnder Devisen. Zugleich belegt es die Möglichkeiten von Außenhandelsbeziehungen der Bundesländer via EU. Die Vereinbarung mit Kuba zeigt zudem, dass ein Ausbau von direkten Kontakten nicht auf politische Vorbehalte der niedersächsischen Landesregierung stoßen müssen.